

Übicker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Übicker Volksbote“ erscheint täglich abends außer an Sonn- und Feiertagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mr. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Seite oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 121.

Donnerstag, den 25 Mai 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein Urteil über die deutsche Zollpolitik.

In weniger als einem Jahre wird der neue Kurs der deutschen Handelspolitik zum vollendetem Ereignis geworden sein. Es beginnt damit ein neuer Abschnitt in der deutschen Wirtschaftsgeschichte, dessen Wirkungen sich keine wirtschaftliche Erstreckung ganz entziehen kann, der in das Gewissen eines von Millionen in empfindlicher Weise einschneidend und die politische Entwicklung in bedeutsamer, ja vielleicht entscheidender Weise beeinflussen wird. Politische Bewegungen der neuesten handelspolitischen Ereignisse haben daher heute aktuelle politische Bedeutung, nicht so sehr in dem Sinne, als ob durch sie schädliche Neubildungen verhindert werden könnten, als vielmehr dadurch, daß sie werbliche Fingerspitze geben, wie sich Berufstände, Klassen und auch Parteien in diese neuen Verhältnisse einzufinden haben werden.

In diesem Sinne ist die soeben — also sicc Deutschland eigentlich post festum — erschienene Schrift des Sekretärs im österreichischen Handelsministerium und Wiener Privatdozenten Dr. Richard Schüller^{*)} immer noch von erheblicher Bedeutung. Schüller, der weit davon entfernt ist, ein absoluter Freihändler, ja auch nur ein absoluter Gegner von Betriebszöllen zu sein, widmet ein ausführliches Kapitel seines vorwiegend theoretischen Werkes der neusten Phase der deutschen Handelspolitik, und das Ergebnis, zu welchem er gelangt, entspricht in allen wesentlichen Zügen der Kritik, die die deutsche Sozialdemokratie an dem Entwurf des Zolltariffs und den Handelsverträgen geübt hat.

Schüller untersucht zunächst alle Maßstäbe, aus denen die Erhöhung der deutschen Zollabzölle begründet worden ist. zunächst das Eindringen der Getreidepreise. Hier findet er, daß in der Periode von 1870—1901 bloß die Weizenpreise recht erheblich (von 21.50 auf 16.80 Pf.) die Roggenpreise dagegen nur unerheblich von 15.32 auf 14.60 Pf. gefallen sind. Gleichfalls unerheblich sind die Gerstenpreise seit 1880 gefallen (von 18.90 auf 18.75 Pf.), während die Haferpreise seit 1880 sogar eine Erhöhung (von 14.60 auf 15.00 Pf.) erfahren haben. Nun entfallen auf den Weizen nur 15 Proz. der Anbausfläche dieser vier Hauptgetreidearten, dagegen auf Roggen 44 Proz., auf Gerste 11 Proz., auf Hafer 30 Proz. Über auch von solchen Verteilungsverhältnissen abgesehen, bilde die Verbilligung einer Ware noch keinen Grund, den Zoll zu erhöhen. Das Gesamteinkommen der Nation sei durch den geringen Preisdurchgang nicht vermindert worden, dadurch sei nur das Renteneinkommen gefallen, während die Konsumenten durch die Verbilligung nur gewonnen.

Ein Rückgang des Gesamteinkommens — und das ist für Schüller der wesentliche Punkt — trete erst ein, wenn die Verbilligung der Preise zu einer Verminderung der inländischen Erzeugung führe. Eine solche Verminderung ist aber keineswegs eingetreten, sondern vielmehr sind gerade im Gegenteil sowohl Anbausfläche als auch Ernteerträge gewachsen. Die deutsche Anbausfläche vergrößerte sich im Zeitraum 1893—1902 für Roggen von 6.01 auf 6.15 Millionen Hektar, für Gerste von 1.59 auf 1.64 Millionen Hektar, Hafer von 3.90 auf 4.16 Millionen Hektar, und verminderte sich nur für Weizen von 2.04 zu 1.91 Hektar. Der Ernteertrag ist im Durchschnitt der Jahre 1892—1899 gegen den Durchschnitt der Jahre 1885—1891 pro Hektar gestiegen: für Roggen von 9.8 auf 13.9, Weizen von 13.5 auf 17.4, Gerste von 12.8 auf 16.7, Hafer von 12.0 auf 16.4 Meterzentner. Die Produktionskosten sind stark gesunken, so daß auch bei niedrigeren Preisen die Kosten gesunken und die Erzeugung nicht ab-, sondern zunimmt. Schüller kommt daher zu dem Ergebnis:

Vom Standpunkte des Gesamteinkommens der Bevölkerung und der Einkommensverteilung sind die vorgenommenen Erhöhungen der deutschen Getreidezölle nicht zu rechtfertigen.

Über die Wirkungen der Zollerhöhung äußert er sich wie folgt:

Da der deutsche Import von jährlich 20 bis 30 Millionen Meterzentner Weizen und Roggen im Verhältnis zu der Produktion der Getreide-Exportstaaten gering, im Verhältnis zu der ungefähr 100 Millionen Meterzentner betragenden deutschen Erzeugung sehr beträchtlich ist, werden die Preise fast um den ganzen Betrag der Zölle erhöht werden. Die deutschen Minimalzölle von 5 Pf. für Roggen und 5.50 für Weizen bedeuten, da in Deutschland der Konsum von Weizen und Roggen per Kopf 2 1/2 Meterzentner beträgt, eine Belastung von nahezu 60 Pf. jährlich für

eine fünfköpfige Familie, welche infolge der bisher geltenden Zölle ungefähr 40 Pf. zu tragen hatte. Solche Berechnungen sind gewiß nicht neu, es ist aber interessant, sie nach Abschluß der Zollerhöhung von einem Manne wiederholt zu sehen, dem agitatorischen Absichten schwerlich zugemutet werden dürften.

Schüller gibt zu, daß durch das Sinken des Renteneinkommens auch viele mittlere und kleinere Landwirte in dem aus der Rente entspringenden Teile ihres Einkommens getroffen werden. Er sieht aber dem hinzug.

Unter den bestehenden Umständen darf man diese Nebel nicht durch Maßnahmen beseitigen, welche das Gesamteinkommen der Bevölkerung vermindern und eine Verteilung höchst ungünstig beeinflussen. Insbesondere ist es unzulässig, daß Bevölkerungskommen herabzusetzen, um für einen Teil des Renteneinkommens stabile Verhältnisse zu schaffen.

Eine nicht minder scharfe Kritik übt Schüller an den übrigen tarifistischen Erhöhungen, die Produkte des Fleischbaus, der Gärtnerei, der Weberei und der Forstwirtschaft betreffen. Ebenso findet er die Erhöhung der Industriezölle auf Eisen, Eisenwaren, Maschinen und Textilwaren. Das Ergebnis seiner Untersuchungen faßt er in die Worte zusammen:

Ihre (der deutschen Zollpolitik) charakteristische Füge sind . . . : Zölle auf Ausfuhrzölle, durch welche die inländische Produktion nicht erweitert, der Konsum zahlreicher kartellierter Mittel aber wesentlich verteuert und die Exportfähigkeit der daraus gefertigten Waren geschädigt wird; hohe Zölle auf Waren, die überwiegend oder doch in großen Mengen aus dem Auslande bezogen werden müssen und bei denen die Behinderung der Ausfuhr keine oder doch nur eine im Verhältnis zu der Verteuerung unverhältnismäßig geringe Vergrößerung der Erzeugung ermöglicht; endlich zu hohe Zölle für die meisten ordernen Waren, bei denen Zölle an und für sich irrational sind, ihre übermäßige Höhe aber den Verbrauch schädigt, ohne eine entsprechende Steigerung der Produktion herbeizuführen. Die Belastung, die dem Konsum so aufgebürdet wird, ohne daß dadurch die Erzeugung erweitert werden könnte, ist so schwer, daß sie das deutsche Volkseinkommen beträchtlich vermindert und insbesondere der Arbeitervolksschicht einen Teil ihres Lohnes entzieht. Man belastet den Verbrauch mit exorbitanter Summe, verringert die Erzeugung und wendet nur einem Teile der Unternehmer ein höheres Renteneinkommen zu.

Dass der zum äußersten gesteigerte Kampf, den die deutsche Sozialdemokratie gegen die neue Wendung der deutschen Zollpolitik geführt hat, durch dieses unbefangene Urteil eines auferstehenden Fachmannes seine nachträgliche Rechtfertigung vollauf erfährt, erschöpft nicht die Bedeutung dieses Urteils. Denn in ihm ist gleichzeitig auch der Hinweis eingeschlossen, auf welche Weise allein die lohnarbeitende Bevölkerung den nachteiligen Wirkungen der Zollpolitik entgegenwirken kann. Der Kampf um Lohnsatz und Arbeitsbedingungen muß durch sie notwendig eine bedeutende Verstärkung erfahren. Die rückständigen Tendenzen können aber nicht anders bekämpft werden, als durch den Ausbau und die Verstärkung der Arbeiterorganisationen, deren wichtigste Aufgabe es sein wird, den gegenwärtigen Stand der Lebenshaltung, wenn schon an eine allgemeine Verbesserung nicht gedacht werden kann, doch vor ihrer Herabgleiten möglichst zu bewahren. Die Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel vermindert den Realwert des Lohnes bei scheinbar gleichbleibender Summe; eine Lohnerniedrigung bedeutet unter solchen Umständen noch keine Erhöhung, sondern nur eine Erhaltung des bisherigen Lebensstandes. Da nun bei jenem Teile der Unternehmer, der durch die neue Zollpolitik geschädigt wird, eine sonderliche Neigung zu Lohnzusammenbrüchen kaum zu erwarten ist, wird man sich auf eine erhebliche Verschärfung der gewerkschaftlichen Kämpfe vorbereiten müssen.

Insbesondere aber wird es sich die Arbeiterbewegung angelebt sein lassen müssen, das Niveau einer Arbeiterkategorie zu erhöhen, die solcher Erhöhung dringend bedarf und deren Arbeitgeber durch den neuen Zolltarif zweifellos in Stand gesetzt worden sind, recht erhebliche Zugeständnisse zu machen. Wir meinen die landwirtschaftlichen Arbeiter. Der große Kampf um die Verteilung des Nationaleinkommens tritt mit dem 1. April 1906 in ein neues Stadium; der Kampf zwischen Landerbeiterlohn und Grundrente rückt in den Brennpunkt des Interesses.

Das sind Schlüsse, die Schüller aus seinen Untersuchungen nicht selber zieht, die aber vom Standpunkte einer praktischen Arbeiterpolitik notwendig aus ihnen gezogen werden müssen. Die Sozialdemokratie, die eine solche Entwicklung der Dinge mit allem Aufwand ihren Kräfte bekämpft hat, braucht ihren Eintritt durchaus nicht zu beklagen. Denn wenn das Bild, das Schüller von der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands entwirft, richtig ist, dann wird die

demokratische Wirtschaftsperiode der Sozialdemokratie einen Anwachsch an tatsächlicher wirksamer Macht bringen, von dem sich ihre Gegner vorläufig noch nichts träumen lassen.

Politische Studien.

Deutschland.

Die Nationalliberalen halten dieser Tage in Dresden ihren Parteitag ab. Aufs Neue hat derselbe die Weisheitlichkeit im Lager der Fraktion Drehscheibe offenbart. Da erklärte man einen linken Flügel, dessen Vertreter den Ansichten der freisinnigen Volkspartei nahe kamen, auf der anderen Seite fehlen Herren, die sich von dem Konkurrenzrecht der Arbeiter begegnen; Wahlrechtsverschlechterer stehen neben Herren, die aus sozialen Gründen nach Wahlrechtsreform rufen, und diese alle ziehen elsig, wenn ein Redner von Streiks nicht in brutalem Schafsmacherjargon schimpft. Sowar die Richtung, die soziale Reformen für zweckmäßig hält, war schwach, aber sie fehlte doch nicht ganz, sie hat aber nur dazu beigebracht, das Bild der Anstrengungssättigungen noch bunter zu gestalten und den reinen Unternehmenspunkt der übrigen noch schärfer hervortreten zu lassen. Im Großen und Ganzen ist das Urteil über diesen Parteitag dahin zusammenfassend, daß derselbe ohne weiteres Interesse für die Öffentlichkeit ist.

Den sanitären Arbeitstag hat die arbeiterfeindliche Weisheit des preußischen Abgeordnetenhauses, wie schon kurz gemeldet, den am Freitag abgelehnten Arbeiterausschüssen nachgeschickt. Die Kommission hatte die Bestimmungen der Regierungsvorlage, wonach bei einer Grubentemperatur von mehr als 22 Grad Celsius die regelmäßige Arbeitszeit nicht mehr als 8 1/2 Stunden, vom 1. Oktober 1908 ab nicht mehr als 8 Stunden betragen darf, geprüft und dafür die ganz ungünstige Bestimmung eingefügt, daß die regelmäßige Arbeitszeit um nicht mehr als eine halbe Stunde durch die Ein- und Aussicht verlängert werden darf. Die Weisheit des Hauses lehnte gestern alle Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage ab, ebenso natürlich den Antrag des Centrums, der einen allgemeinen Maximallarbeitsstag für den Bergwerksbetrieb einführen will. Gegen diesen Maximallarbeitsstag wandte sich der Minister Möller, der gleichzeitig durchblicken ließ, daß die Regierung, die an dem sanitären Arbeitstag festhielt, bezüglich einer Heraussetzung der Temperaturgrenze auf 24 Grad mit sich reden lassen würde. — Was die Gegner des sanitären Arbeitstages lehnten, ist unglaublich; brachte es doch der nationalliberale Bergwerksdirektor Hilbert fertig, unter vollkommenster Wissenshaft der Tatsachen, die auf dem Bergarbeiterkongreß gesellten Neuerungen gegen die vorliegende Novelle für seine Sache in Anspruch zu nehmen. Ihn übertrumpft aber noch mit seiner Rede der Konervative Branderstein; der edle Herr bezichtigte kurz und bündig die Regierung der verkappten Sozialdemokratie und alle Arbeiter, die eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit wünschen, der Faulheit! Diese Brandersteinsche Rede kennzeichnete das soziale Niveau des Arbeitgebergegneten preußischen Junkertums mit besonderer Schärfe. Man muß dem Redner dafür dankbar sein. Dass die „Studien“, die die Kommission in den frisch gesellten, gehüteten und lockerten Gruben gemacht hat, von diesen Herren mit besonderem Elan in ihren Reden verwirkt werden würden, war zu erwarten.

Die Situation des Reichstages wird von gut unterrichteter Seite dahin geschildert, daß die nächsten Tage die Entscheidungen über den Gadausgang der Tagung bringen werden. Die verbündeten Regierungen haben den Wunsch erkennen lassen, daß die Kamerunbahn-Vorlage, die Novelle zum Börsengesetz und das Bankartengesetz erledigt werden sollten. Gegen die Erledigung des erstmals Entwurfs werden sich die Sozialdemokraten wenden und nicht dulden, daß das Gesetz bei beschlußunfähigem Hause angenommen wird, sie werden also bei jeder Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses bezeichnen.

Die reichsgesetzliche Regelung des Knappsozialwesens fordert, wie schon kurz gemeldet, ein sozialdemokratisches Antrags, der im Reichstag eingegangen ist. Der Antrag verlangt, der Reichskanzler solle einen Gesetzentwurf, der das Knappsozialwesen nach folgenden Grundsätzen regelt, vorlegen: 1. Aufhebung der sogenannten Unzulänglichkeit und der Kloßeneinteilung der Mitglieder, Ausschluß der Beamten mit über 2000 Pf. Gehalt. 2. Selbstverwaltung der Kassen unter Beteiligung der Arbeitnehmer in mindestens gleich starker Anzahl wie der Betriebsbesitzer auf Grund des allgemeinen, auch die freiwilligen und involviellen Mitglieder umschließenden geholten, direkten Wahlrechts; Befreiung der

^{*)} Schüßl und Freihandel. Die Voraussetzungen und Grenzen ihrer Berechtigung. Von Dr. Richard Schüller, Privatdozent der Universität Wien. Leipzig. G. Freytag. 1905.

Beamten nur als Vertreter der Wahlbesitzer, Fortdauer der Amtsperiode der Vorstandsmitglieder trotz Entlassung aus der Freiheit. 3. Rückzahlung der Beiträge an solche Mitglieder, welche länger als 200 Wochen Beiträge gezahlt haben und aus der Kasse ausscheiden, ohne freiwillige Mitglieder oder Mitglieder ähnlicher Klassen zu werden. 4. Ausschluß der Anrechnungsfähigkeit von Unfall- oder Invalidenrenten oder Militärpersonen, sofern durch die Anrechnung nicht der Durchschnittsalohn überschritten wird, den der Betreffende in den letzten zehn Jahren verdient hat. 5. Errichtung von Schiedsgerichten für Knappschäftsstreitigkeiten unter Beziehung von mindestens je zwei Beisiegern zu jeder Schiedsgerichtsitzung. 6. Freie Wahl unter den Arzten, die sich bereit erklärt haben, für die vom Knappschäftsverein mit anderen Arzten vereinbarten Sätze die Behandlung zu übernehmen.

Der Kuhhandel über das Bergarbeiterrecht. Dienstag vormittag traten die Kommissionsmitglieder der freikonservativen Partei und des Zentrums zu vertraulichen Besprechungen über die Bergarbeiternovelle zusammen. Da mag etwas Schönes heraus "beraten" worden sein!

Wahlprüfungscommission. Im Wahlkreis Schwerin-Schmalen fand im März 1904 eine Nachwahl statt, bei der in der Sitzung der Anteil an Abgeordneten gewählt wurde. Nach der Wahl wurde behauptet, daß der sozialdemokratische Kandidat Wilhelm Haas, Armenunterstützung bezogen habe, höher nach § 3 Abs. 3 des Wahlgesetzes nicht wählbar sei. Ein von feindseligem Geiste eingereichter Wahlprotest bezog sich hauptsächlich auf diese Angelegenheit und behauptete, an Hugo Stoeck hätte der sozialdemokratische Kandidat in Sich zahl kommen müssen. Wirklich war zählt der Protest eine Reihe anderer Verstöße auf. Auch ist dem Protest ein gedruckter Aufruf beigelegt, der den konservativen Kandidaten empfiehlt und von 14 Bürgermeistern unterzeichnet ist. Bezüglich des letzteren Falles würden sich die Abgeordneten Lucas (nul.) und Graf Mevembrodt (links) gegen die Auflassung der Mehrheit, die den Bevölkerungswahl des Reichstages in Falle Pauli als ungerecht erachtet, daß nämlich ein gedruckt vorliegendes Flugblatt, das Beamte, Bürgermeister und Gemeinbevölkerung unter Beifügung ihres Autographs unterschrieben und in dem sie eines bestimmten Kandidaten empfehlen, als gültiger Beweis für eine ungültige austliche Wahlbezeichnung zu betrachten sei. Eine Anzahl von Bevölkerungswahlen von der Kommission für erheblich befunden und die Abgeordneten beantragt, genaue Berechnung über die eventuelle Wirkung der zulassenden Wahlakte vorzunehmen. Die Entscheidung darüber wurde jedoch aufgezögert, bis festgestellt sei, ob der Kandidat Hugo Armenunterstützung erhalten habe und nicht wählbar gewesen sei. Die Angabe, daß Frau und Kind Hugo auf dessen Erfüllung in das Krankenhaus aufgenommen worden und Hugo landet sei, führt zu einer langen Debatte, in der von den sozialdemokratischen Abgeordneten die Erklärung abgegeben wurde, daß obwohl nach der bisherigen Praxis Krankenunterstützung als Armenunterstützung betrachtet werde, sie es doch für eine Härte hielt, Krankenunterstützung zur Schädigung bürgerlicher und politischer Rechte anzunehmen. Die Kommission beschloß, wie schon kurz berichtet, die Wahl zu beenden und Verantwortung zu übertragen über die Hugo betreffende Behauptung beim Plenum zu beantragen. Ergibt die Erhebung die Bestätigung jener Behauptung, würde die Wahl Haas für ungültig erklärt werden.

Eine Spriktour in's Ruhrgebiet will nun auch die Kommission des preußischen Herrenhauses machen, der die Berggesetze novellen zur "sachgemäßen" Behandlung übertraut werden. Dass ihre Studienreise die gleichen Früchte tragen wird, wie die der Abgeordnetenhaus-Kommission, ist kaum zu bezweifeln, nämlich eine Verschärfung der Bergarbeiterrechtsgesetze, vorausgesetzt natürlich, daß an der Vorlage, wenn sie das Abgeordnetenhaus verlässt, überhaupt etwas zu verschlechtern möglich ist.

Kleine politische Nachrichten. Eugen Richter steht vor der traurigen Aussicht, seine Augenlicht zu verlieren. Da sein sonstiger Zustand auch vieles zu wünschen übrig läßt, so dürfte Richter wohl niemals wieder den Reichstag betreten können. — Im bayrischen Staatsministerium hat man sich wieder vertragen, die Ministerkrise gilt als beendet. Man soll sich über die Wahlergebnisse einig und diese bereits festgesetzt haben. Der "Frls. Btg." wird auch schon aus München gemeldet, daß die Auflösung des Landtags und die Ausführung der Neuwahlen für den 6. oder 7. Juni zu erwarten sei. — Die Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Umgestaltung aller wegen politischer Delikte Verurteilten, auch Derniederes, gilt in Frankreich als bevorstehend. — Im englischen Unterhause ist es Montag anläßlich einer Anfrage der Liberalen an Balfour zu argen Zärmseinen gekommen. — Der für kürzlich umgangenen Streitfall ist nach den Wünschen Rumäniens gänzlich beigelegt worden.

Rußland.

Diebstahl — ein russisches Kulturbild. Der "Schles. Btg." wird aus Petersburg geschrieben: Wo alles in Russland mißvergnügt wird und die Arbeit einfällt, darf man sich nicht wundern, daß nun auch die Kunst der Diebe in den Streit tritt. Das ist wörtlich gemeint. Es gibt in zahlreichen russischen Provinzstädten förmliche Diebstahlkosten, auf deren Existenz jedermann weiß, und wo die reicherer Einwohner gegen bestimmt Abgaben ihr Eigentum zu versichern pflegen, momentan wenn die Räuber auftreten oder bei sozialen wichtigen Anlässen. Die Dresdner unterrichten gegen diese Kontore aus dem einfachen Grunde richtig, weil sie von den Fahndern derselben bestochen ist. Die Räuber reichen bis an die Residenz heran, und noch in dem letzten großen Prozeß gegen den Polizeimeister von Kronstadt erwies es sich, daß dieser Herr eigentlich das Haupt der bezeichneten Diebstahlstitution in seinem Machtbereich gewesen war.

Es scheint nun, daß die Polizei in der Provinz auf diesen schweren Kriegszeiten ihre Ansprüche an die Abgaben spätestens der Diebstahlkosten bedeutend zu steigern beginnt. Da für liegt wenigstens ein öffentliches Bengnis aus der Stadt Blodawa im Gouvernement Siedleg vor. Die Diebe dieser Stadt ließen am 29. April durch öffentliche Maueranschläge folgende Mitteilung verbreiten: "Wir sind die Diebe der Stadt Blodawa. Wir werden künftig in nicht mehr stehen, denn die Polizei hat von uns bisher nur 50 Prozent genommen, so daß uns ebenfalls 50 Prozent verblieben. Über in diesem Jahre nimmt die Polizei 75 Prozent. Daher

halten wir nur 25 Kopien vom Rubel. Deshalb bitten wir (die Polizei), wenn Sie leben wollen, nehmen Sie nur 50 Proz. wie immer. Wenn nicht, dann wird es nicht gut werden." Uterzeichnet: "Die Gesellschaft der Diebe der Stadt Blodawa." — Später erschien noch ein Maueranschlag, in dem die Grinde der übertriebenen Forderung der Diebstahl dargelegt werden; sie rechtfertigte nämlich ihre Strenge mit den — Ereignissen im fernen Osten! Inzwischen waren die Einwohner von Blodawa natürlich überrascht von dem Gewaltfaß zwischen der Polizei und dem Diebstahlkosten; es muß aber bald zu einer Versöhnung zwischen den streitenden Parteien gekommen sein, denn schon in der Nacht wurde ein schwerer Einbruch verübt, und später konnten die Diebe die gute Stadt ärger als zuvor. Aus der Umgegend einkommende Personen werden öffentlich überfallen und ausgeraubt, und die Diebe führen am hellen Tage Pferde, Kühe, Schweine, ja sogar Möbelstücke aus den Häusern hinweg, ohne von der hohen Diebstahl dabei bestellt zu werden. So haben es beide Teile gut, und wieder einmal bestätigt sich das Sprichwort: Friede ernährt. Auch in normalen Zeiten kann man die russische Polizei von den Dieben kaum unterscheiden.

Raschetow, der bekanntlich den Großfürsten Georgius in ein angeblich besseres Zeitalter beförderne, ist nach einer anscheinend offiziösen Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur gestern morgen gehängt worden. Die Stratosphären werden erlöst aus dem Gefangenschaften!

Oesterreich-Ungarn.

Die Triester Konferenz. Sonnabend abend kamen die österreichischen, die ungarischen und die italienischen Vertreter zu der am Sonntag zusammengetretenden Konferenz an. Sie wurden auf dem Bahnhof von 3000 Menschen empfangen, die alle rote Nuppen im Kopftuch trugen. In dem herzlichen Empfang äußerte sich die Freude der Menschen an der Befreiungskraft der Vertreter des österreichischen, ungarischen und italienischen Proletariats. Als der Zug einfuhr, entzündete das Bier den Jubel und die Internationale. Darauf folgten die Rufe: Hoch die Befreiung der Böller! Hoch die Vertreter der Böller! Hoch die Internationale Sozialdemokratie! Jedem einzelnen Delegierten wurde zu jubeln besonders herzlich, dann in Triest je geschrieben Geblieben Dr. Ellendorfer. Unter Abfahrt von Biedermann begleitete die Massen die Delegierten zum Hotel Schwanen in Triest. Die Menschen aus den drei Ländern traten auf den Balkon und die Massen Ellendorfer und Maier rangioni aus. Bereits sagten Ansprachen an die Menge. Hierauf zerstreuten sich die Tausende. Da keine Polizei zu schaffen war, konnte die mächtige Demonstration des Triester Proletariats selbstverständlich in höchster Ordnung verlaufen.

Italien.

Die Parteifraktion über ihr Verhalten während des Eisenbahner-Streiks. Die italienische Parteifraktion hat soeben den Bericht über ihr Verhalten während des Eisenbahner-Streiks veröffentlicht, den sie in Evidenz vor den gewählten Vertretern im Aussicht gestellt hatte. Diese Vertreter bezogen sich im großen ganzen auf ihr energetisches Verhalten im Parlament während des Streiks und besonders auf die schwache Beteiligung der Fraktion an den entscheidenden Abstimmungen, bei denen weniger als die Hälfte der sozialistischen Abgeordneten zugegen war. Vereinzelt hat man auch, wie das nach Niederslagen leider so oft geschieht, vom "Berrat der sozialistischen Fraktion" gesprochen, aber nicht nur ohne jede objektive Grundlage, sondern auch ohne jede subjektive Überzeugung. In ihrem Bericht bestätigt sich die Fraktion in keiner Weise mit der schwachen Beteiligung der Fraktion an den entscheidenden Sitzen. Sie führt lediglich aus, daß die Parteifraktion 1902 den Eisenbahner zur Seite gestanden hätte, als man ihre Mitarbeit gewünscht hätte; dies Jahr hätten die Eisenbahner aber erklärt, allein vorgehen zu wollen. Die Fraktion hätte trotzdem auch in diesem Jahre, dem Entwurf Giolitti gegenüber, im Parlament Obstruktion getrieben, falls die Eisenbahner ihre wirtschaftlichen Forderungen in zweite Linie gestellt und nur ihr Streikrecht verteidigt hätten. Das wollten aber die Eisenbahner nicht. Dem Projekte Giolitti gegenüber hätte die Fraktion einstimming beschlossen, keine Opposition zu treiben, weil damals der Streik bereits proklamiert war, weil der Kampf einen vorwiegend wirtschaftlichen und nicht politischen Charakter hatte, für den unter den anderen parlamentarischen Parteien jede Sympathie fehlte, und weil die revolutionäre obstruktionistische Taktik im Parlament nur dann eine Berechtigung hätte, wenn ein revolutionärer Kampf auf den Straßen möglich und durchführbar gewesen wäre. Die Fraktion glaubte die Stunde für einen solchen Kampf nicht günstig und widerriet daher auch sehr energisch dem Generalsstreik. Ein friedlicher Generalsstreik, wie der des September, wäre damals nicht möglich gewesen. Auf Grund dieser ihrer Ausschauungen habe die Fraktion gehandelt und habe das Gewehr, ihre Pflicht erfüllt zu haben. Der "Avanti" bemerkte in seiner Besprechung des Berichts, daß sich in ihm die verschiedene Auffassung über die Stellung der Fraktion gegenüber den Gewerkschaften widerspiegelt; die Abgeordneten glauben, die Gewerkschaften führen zu müssen, während die Gewerkschaften auf dem Standpunkt stehen, daß jede von ihnen ausgehende Massenaktion von den sozialistischen Abgeordneten Vertretung im Parlament verlangen kann. Der Bericht beweist ferner, daß die Fraktion subjektiv der Überzeugung sei, die Eisenbahner wilsam vertreten zu haben, objektiv aber jene Kampfmethode vernachlässigt habe, die das organisierte Proletariat von einer revolutionären Fraktion verlangen kann. Dieser Tage wird auch der Bericht der Gewerkschaftskommission über den Streik erscheinen.

England und Japan.

Über London kommt eine Nachricht, die, wenn sie sich bestätigen sollte, den Russen recht unangenehm in die Ohren klingen dürfte. Es wird nämlich gemeldet, daß der englische Dampfer "Sleworth", der Saigon am 17. Mai verließ, am 19. Mai mehr als fünfzig russische Transportsschiffe im chinesischen Meer gesichtet hat. Einige Transportsschiffe, welche mit Kohlen beladen waren, hatten Feuer gefangen und brannten auf hohem Meer. Die Flammen schossen hoch in die Luft herab und schwarze Rauchwolken bedeckten den Himmel. Der Brand der Schiffe in der Mitte des Ozeans machten einen gleichzeitig impo-

santen und unheimlichen Eindruck. Die Mannschaften wurden gereitet. Die Russen erledigen einen großen Bedarf an vollem Material durch den Strand dieser Schiffe.

Auf dem Boden liegt an jedem Platz haben wieder eine Reihe größerer Vorposten gesetzte stattgefunden, bei denen Offiziere von russischer Seite ausgingen. Der Vorstoß der Russen wurde indessen raschland nach kurzer Zeit von den japanischen Truppen zum Stehen gebracht.

England und Japan.

Original-Gericht des Sudeten Volksgerichts. Berlin, den 23. Mai 1905.

190. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratshaus: Graf Posadowsky und Dr. Nieherding.

Die zweite Lesung der Vorlage betrifft. Aenderung der Civilordnung wird fortgesetzt bei der zweimaligen Abstimmung über Art. 1 (Erhöhung der Revisionssumme auf 2500 Mk.).

Dr. Baasche (NL, zur Geschäftsordnung) beantragt Feststellung der Namen der Abgeordneten, die den Antrag auf namenliche Abstimmung gestellt haben. Von den 50 Abgeordneten, die den Antrag auf namenliche Abstimmung unterstützt haben, waren meines Wissens gestern 40 nicht im Hause anwesend. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen und rechts.)

Bebel (SS): Es ist durchaus zulässig, daß nicht anwesende Abgeordnete namenliche Abstimmung beantragen können. Bisher war keine Feststellung der Antragsteller auf namenliche Abstimmung üblich; will man Geschäftsordnungsmäßig eine solche Feststellung allgemein einführen, so habe ich nichts dagegen; ich vernehme mich aber dagegen, daß man einen beliebigen Fall herausgreift. (Beifall links.)

Dr. Spahn (S.) bezeichnet den Antrag Baasche als durchaus korrekt.

Stadthagen (SD) stellt fest, daß gerade von der Partei des Herrn Baasche am Sonnabend kaum 10 Mitglieder anwesend waren. (Hört, hört! links.)

Die Abg. Bachem (S.) und Bissing (NL) verteidigen den Antrag Baasche.

Bebel (SD) macht darauf aufmerksam, daß während der Börsdebatte mit den Anträgen auf namenliche Abstimmung genau so vorgegangen wäre, wie jetzt, und daß das Verfahren damals für zulässig erklärt worden sei.

Singer (SD) erklärt die ganze Debatte für unzulässig, da man sich schon in der Abstimmung befindet. (Sehr richtig! b. d. Soj.)

Frohme (SD) betont, daß die Unterschriften unter dem Antrag auf namenliche Abstimmung geschäftsordnungsmäßig zustande gekommen seien.

Präsident Graf Ballerstain: Es steht fest, daß nicht anwesende Mitglieder einen Antrag auf namenliche Abstimmung stellen können, wenn sie ihn nur eigenhändig unterschreiben. (Aruhe rechts.) Ob es eine erfreuliche Erkenntnis ist, daß von 51 Antragstellern 42 gefehlt haben, ist eine andere Sache. (Erleichtende Heiterkeit rechts.) Eigentlich liegt gar kein Antrag Baasche vor. Er hat mich nur gebeten, die Namen zu verlesen, weil sie ihn interessieren. (Gr. Heiterkeit.) Da ich nun jedem Abgeordneten gefällig bin, will ich ihm diese Namen verlesen. (Erneute Heiterkeit.) Der Präsident verliest die Namen der Antragsteller.

Bei der nunmehr erfolgenden naunenlichen Abstimmung über die Erhöhung der Revisionssumme wird die Kommissionssättigung (2500 Mk.) mit 119 gegen 74 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen. Es sind also 203 Abgeordnete anwesend und das Haus ist beschlußfähig.

Es folgt Abs. 2 des Art. 1 der Vorlage. Danach soll der § 547 des bestehenden Gesetzes, der bei der Unzulänglichkeit des Gerichtes die Revision ohne Rücksicht auf den Wert des Gegenstandes für zulässig erklärt, dahin abgeändert werden, daß in Zukunft nur bei sachlicher (also nicht mehr bei örtlicher) Unzulänglichkeit des Gerichtes die Revision zulässig sein soll.

Stadthagen (SD) bekämpft auf das schärfste die vorgeschlagene Einschränkung der Revision. Wird der Abs. 2 in der Kommissionssättigung angenommen, so werden die Kleinbauer, zu deren Ungunsten in Preußen mit den Großgrundbesitzern schon heute die Gerichte meist entscheiden, noch mehr benachteiligt werden. Redner kommt noch einmal auf die Vorgänge beim Kammergericht gelegentlich des Prozesses der Milchausgabe auf und verliest das Schreiben eines konservativen Großgrundbesitzers, in welchem es heißt, es wären jetzt andere verständige Richter im Kammergericht vorhanden, und die würden der Milchausgabe schon Recht geben. In der Tat liegen jetzt, nachdem der Justizminister "das Geeignete" veranlaßt hat, zwei Erkenntnisse von anderen Kammergerichtsräten vor, die zu Gunsten der Milchausgabe und zu Ungunsten der Kleinbauern laufen. Jetzt ist der Ring oben auf und deutet frohlockend: es gibt ja noch Richter in Berlin! (Heiterkeit und sehr gut! links.) Jetzt ist die Provision für Herrn Ring und seinen Geschäftsführer Herrn Krause gerettet, für denselben Herrn Krause, der wegen Beitrages und Expressions zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Der Justizminister ist dem Senatspräsidenten Rathmann in einer Weise entgegentreten, wie es in der preußischen Justiz denn bisher noch nicht vorgekommen ist. (Sehr richtig! links.) Wenn nun in Zukunft die örtliche Unzulänglichkeit keinen Rechtsgrund mehr abgeben soll, dann wird das Börsrecht der Kleinbauern noch mehr geschädigt werden. Ich habe wenig Vertrauen zu der völligen Unparteilichkeit der Reichsgerichtsräte, aber von einer solchen Beeinflussung, wie sie auf das Kammergericht ausgedehnt worden ist, sind sie doch unabhängig, weil sie nichts mehr zu fürchten haben. Ein Reichsgerichtspräsident würde dem Justizminister eine große Antwort auf seinen Eingriff erteilt haben. Wird diese Vorlage Gesetz, so wird nicht mehr das Recht, sondern die in dem Mantel des Rechts gehüllte bloße Macht in Deutschland herrschen. (Beifall b. d. Soziald.)

Staatssekretär Dr. Nieherding erklärt gegenüber dem Vorredner, daß 1) die Milchausgabe nach dem sogen. Eingriff des Justizministers einen zweiten Prozeß angestrengt und verloren habe, daß also von einer neuen Aussetzung keine Rüde sein könne; 2) daß der Senatspräsident Rathmann überhaupt keine Mitteilung vom Justizminister bekommen habe; 3) daß ebenfalls der Referent keine Mitteilung erhalten habe; 4) daß der Justizminister erklärt habe, daß er sich nur formell und nicht materiell mit dem Prozeß befaßt habe.

Stadthagen (SD): Wenn Tatsachen megdisputiert werden könnten, dann wäre die Antwort des Staatssekretärs meisterlich gewesen. Gewiß hat die Milchausgabe einen zweiten Prozeß verloren, aber sie hat sich, wie ich schon in der vorigen Woche hervorholte, wieder an den

Justizminister gewandt. Im preußischen Abgeordnetenhaus hat der preußische Justizminister ausdrücklich erklärt: „Ich habe die Präsidenten der Senate darauf aufmerksam gemacht, daß einige Senate mit Unrecht die Bestimmungen des Gesetzes auf die Genossenschaften angewendet haben.“ (Hört, hört! links.) Läßt man die örtliche Unzuständigkeit nicht mehr als Rechtsgrund zu, dann wird Herr Ring in der Welt herumreisen und sich seine Richter selbst aussuchen. (Beifall b. d. Sozialdem.)

Lengemann (FDP): Die Vorwürfe des Herrn Vorsitzenden sind leider nicht unbegründet und der Staatssekretär hat zur Verteidigung des preußischen Justizministers nur nebensächliche Punkte herausgesucht. Herr Schöndorf hat offenbar bei der Verfassung selbst die Empfindung gehabt, daß er etwas Ungezügliches vornahm, denn er hat es selbst ausgesprochen, daß er zu einer Nachprüfung nicht berechtigt sei. (Sehr richtig! links.) Wenn der preußische Justizminister hier nicht erscheint, um sich zu verteidigen, so gibt er entweder selbst zu, daß er Unrecht hat oder aber er legt eine Mißachtung der Volksvertretung des Reiches an den Tag. Ich fordere nochmals, daß Herr Schöndorf hier erscheint; tut er es nicht, so trägt er mit dazu bei, daß das preußische und das deutsche Volk kein Vertrauen mehr zu ihren Richtern haben. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Auf die Sache selbst habe ich mich hier nicht eingelassen, weil sie mir unbekannt war. (Gegenseitigkeit links.) Der preußische Justizminister ist in eine materielle Prüfung der Sache nicht eingetreten, und hat nur festgestellt, daß ein Gesetz falsch galt worden ist. (Stufe links: Na also!) Das ist keine materielle Prüfung. (Gegenseitigkeit links.) Der Justizminister ist kraft seines Aufsichtsrechts berechtigt, Irrtümer oder Fehler zu korrigieren.

Bülowenthal (SD): Wenn der Justizminister ähnlich erklärt, es sei von einem Gericht ein falscher Gesetzesparagraph angewandt worden, so ist das ein Eingriff nicht nur in die formelle, sondern auch in die materielle Seite eines Prozesses, zumal die Richter in Bezug auf ihr Avancement vom Minister abhängig sind. (Sehr richtig! links.)

Stadt hagen (SD): verliest eine Rede des Ministers Schöndorf im preußischen Abgeordnetenhaus vom 18. März dieses Jahres. Der Justizminister hat unter Herablassung des Richterstandes

Vizepräsident Graf Stoiberg: Sie dürfen nicht sagen, daß der Präsident die Richter herabgesetzt habe. (Lachen b. d. Soz.)

Stadt hagen (fortfahren): Wenn der Justizminister sagt, daß die Richter nicht den richtigen Gesetzesparagraphen haben herausfinden können, so müssen sich die Richter herabgesetzt fühlen. Dass eine solche Herabsetzung beabsichtigt war, habe ich nicht behauptet; ist mir auch gleichgültig. Ein solches Vorkommen ist in der ganzen Geschichte der Justiz noch nicht dagevoren. Wenn jetzt der Herr Ring herumreist und sagt: „Nun haben wir Richter am Kammergericht, die uns Recht geben“, so muß der Kleinbauer solche Richter für moralisch minderwertig halten. (Beifall b. d. Soz.)

Hiermit schließt die Diskussion über Abs. 1, 2 des Art. 1, der gegen die Stimmen der Linken mit ganz geringer Mehrheit angenommen wird.

Abs. 4, der den Zwang auf Revisionssbeginnung verschärft und eine besondere Frist von vier Wochen für diese Begründung einführt, wird unter Annahme einerseits eines Antrags vorliegende (Senr.), der eine Erweiterung der Anträge auch nach der Begründungsfrist auslöst, andererseits eines Antrags Dr. Spahn (S), der eine Verlängerung der Begründungsfrist durch Vereinbarung der Parteien ausschließt, in der Kommissionssatzung angenommen.

Der Rest der Vorlage wird ohne wesentliche Debatte erledigt.

Es folgt die dritte Beratung des Antrages Hagemann (R.) betr. Wenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes (Erweiterung der Kompetenz der Schöffengerichte).

Dr. Müller-Meiningen (FDP): verlangt baldige Einführung der vollen Berufung im Strafsachen durch Schaffung einer wirklichen Berufungsinstanz. Mittlere, große und größere Schöffengerichte bei demselben Landgericht, wie sie die Strafprozeßordnungskommission vorschlägt, kann ich nicht als geeignet ansehen. Die Schöffengerichte seien nicht öfter als gelehrte Richter. (Sehr richtig! links.) Unsere süddeutschen Schöffengerichte haben sich außerordentlich bewährt, und sich der politischen und kulturellen Reaktion und dem autoristischen Grundzug unserer Politik mutig widergesetzt. Ihnen verdanken wir es zum Teil, daß noch eine offene, ehrliche Kritik unserer Münzen möglich ist. In Süddeutschland wagen die Richter nicht die wenig taktvolle Kritik, die sich norddeutsche Juristen an den Schöffengerichten erlauben. Statt mit den Gedanken zu lockern, die Schöffengerichte ganz zu beseitigen, sollte man vielmehr durch Gewährung von Diensten namentlich auch die Arbeiter heranziehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) wie das in Bayern schon jetzt geschieht. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Wiedereinführung der Berufung nicht an den Widerstand des preußischen Finanzministers scheitert. Ist kein Geld da, um genügend Oberlandesgerichte zu errichten, so warten wir lieber noch ein paar Jahre. (Sehr richtig! links.) Es muß gegen alle erstenstänzlichen Urteile eine Berufung geschaffen werden, wenn nicht in diesem Jahre, dann in einem der nächsten. Auch muß energisch mit dem Assessoren- und Hilfssrichterwesen gebrochen werden. (Lebh. Beifall links.)

Dr. Herzfeld (SD): Ich glaube nicht an die Überlastung des Reichsgerichts, von der jetzt soviel die Rede ist, da ich weiß, wie schnell dasselbe mit den Revisionen in Strafsachen fertig zu werden versteht. Die Regierung sieht die Oberlandesgerichte einfach deshalb dem Reichsgericht vor, weil sie weit abhängiger von den Machtmitteln des Staates sind. Die Macht der Staatsregierung soll also wieder vermehrt werden. Sie wird auch dadurch vermehrt, daß 2000 Sachen mehr an die Schöffengerichte kommen, in denen junge von der Regierung völlig abhängige Assessoren den Vorfall führen. Denken Sie daran, daß der Assessor Simon in Münster versteckt wurde, weil er die Sozialdemokratie als gleichberechtigte Partei bezeichnete. (Hört, hört! b. d. Soz.) Denken Sie ferner daran, wie ein Staatsanwalt in Berlin einem Schöffen nahelegte, sich für befangen zu erklären, weil er Sozialdemokrat sei. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Schöffen urteilten im allgemeinen, zumal in wirtschaftlichen Fragen, nicht weniger befangen als die ordentlichen Richter. Urteilen aber einmal Schöffen in einem den herrschenden Klassen ungünstigen Sinne, so legt sofort der Staatsanwalt Berufung ein. Diese staatsanwaltschaftliche Berufung wollen wir beseitigen, und wir machen unsere Zustimmung zu dem ganzen Gesetze von der Annahme unseres dahingehenden Antrages abhängig. Wir beantragen ferner die Streichung der Bestimmung, wonach vor den Schöffengerichten der Angeklagte nicht Einwendungen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens

und den Wunsch nach einer Voruntersuchung äußern kann. Schließlich bitten wir, den Beschluss in zweiter Lesung betr. Verweisung der Beschwerde an die Geschworenen aufrecht zu erhalten. Der Reichstag hat ein dringendes Interesse daran, die vielfach angegriffenen Schöffengerichte, diese Errungenschaft einer freieren Periode Bürgertums, zu schützen. (Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Die Vorwürfe des Herrn Vorsitzenden sind leider nicht unbegründet und der Staatssekretär hat zur Verteidigung des preußischen Justizministers nur nebensächliche Punkte herausgesucht. Herr Schöndorf hat offenbar bei der Verfassung selbst die Empfindung gehabt, daß er etwas Ungezügliches vornahm, denn er hat es selbst ausgesprochen, daß er zu einer Nachprüfung nicht berechtigt sei. (Sehr richtig! links.) Wenn der preußische Justizminister hier nicht erscheint, um sich zu verteidigen, so gibt er entweder selbst zu, daß er Unrecht hat oder aber er legt eine Mißachtung der Volksvertretung des Reiches an den Tag. Ich fordere nochmals, daß Herr Schöndorf hier erscheint; tut er es nicht, so trägt er mit dazu bei, daß das preußische und das deutsche Volk kein Vertrauen mehr zu ihren Richtern haben. (Beifall links.)

Damit schließt die Generaldebatte und es beginnt die Spezialdebatte.

§ 75 zählt die Vergehen auf, bei denen die Strafkammer die Verhandlung auf Antrag des Staatsanwalts an das Schöffengericht überweisen kann. Ein Antrag Albrecht (Soz), die Worte „Auf Antrag des Staatsanwalts“ zu streichen, wird abgelehnt und § 75 in der Kommissionssatzung angenommen.

§ 80 hat in der zweiten Lesung den Zusatz bekommen, daß die Schöffengerichte auch für Beschwerden aufständig sein sollen.

Hamburg (R.): beantragt die Streichung dieses Zusatzes.

Wolff (Wirtsh. Bg.): erklärt, daß seine Gruppe zum Teil für, zum Teil gegen den Antrag Hamburg stimmen werde.

Hagemann: spricht für den Antrag Hamburg.

Gülden (SD): Die Verweisung der Beschwerden an die Schöffengerichte ist eine alte liberale Forderung. Die drakonischen Urteile in Brechprozessen erklären sich zunächst daraus, daß Angestellte desselben Staates, dessen Einrichtungen trüftet werden, über die zu Gericht sitzen, von denen diese Trüft ausgeht. Natürlich stehen diese Richter dann fast immer auf Seiten des Staates, zumal da jetzt auch noch der Reservierungsgeist in den Richterstand eingedrungen ist. Momentlich, wenn sich die Trüft gegen hohe und höchste Personen wendet, werden die Richter fast immer geneigt sein, die Absicht der Beleidigung bei den Angeklagten anzunehmen. Außerdem erinnert an die Verurteilung des verstorbenen Abgeordneten Schmidt wegen einer angeblichen Majestätsbeleidigung zu drei Jahren Gefängnis, an den zur Zeit vor der vierten Strafkammer in Berlin vielleicht Prozeß und zu die Neuerung eines Richters, daß man einen sozialdemokratischen Redakteur, wenn man ihn einmal fassen könnte, ganz besonders hart bestrafen müsse. Die süddeutschen Schöffengerichte sind gewiß nicht ideal, aber Urteile, wie die norddeutschen Strafkammern sie fällen, sind denn bei ihnen doch nicht möglich. Auch die Herren von der Rechten und vom Zentrum sollten für die Überweisung der Beschwerden an die Schöffengerichte stimmen, denn es kann doch einmal die Zeit kommen, in der auch sie mit der Regierung in Zwist geraten. Die von der Strafprozeßkommission vorgeschlagene Erziehung der Schöffengerichte durch große Schöffengerichte würde bedeuten, daß in Zukunft eine viel kleinere Anzahl von Richtern genügen würde, um einen schuldig zu sprechen. Gerade jetzt ist Gelegenheit geboten, die Kompetenz der Schöffengerichte auszudehnen und somit ein Präjudiz gegen ihre drohende Abschaffung zu schaffen. Mögen namentlich alle süddeutschen Abgeordneten für die Aufrechterhaltung des Beschlusses zweiter Lesung stimmen, damit die Leute, welche immer gegen die Schöffengerichte heften, einsiehen, daß das Volk von ihrer Abschaffung nichts wissen will. Der Reichstag darf sich nicht von dem Staatssekretär ins Bockshorn jagen lassen. Lehnen Sie den Antrag Hamburg ab. (Lebh. Beifall links.)

Dr. Müller-Meiningen (FDP): betont, daß ein Ertrag der Schöffengerichte durch die sog. großen Schöffengerichte eine vollständige Rendierung des Instituts der Schöffengerichte bedeute. (Beif. links.)

Lenzmann (FDP): Die Aussführungen des Redners bleiben bei den herrschenden Unruhen fast unverständlich. Redner scheint im allgemeinen die Schöffengerichte den Schöffengerichten vorzuziehen, sich aber doch gegen den Antrag Hamburg zu wenden.

Dr. Marcour (S): ist für den Antrag Hamburg.

Die Abstimmung ist auf Antrag Singer (SD) eine namentliche. Es stimmen 56 Abgeordnete für Aufrechterhaltung des Beschlusses zweiter Lesung, 141 dagegen. Es enthalten sich der Abstimmung. Es bleibt also bei der Zuständigkeit der Strafkammern für Brechvergehen.

Der Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung einer Reihe weiterer sozialdemokratischer Anträge in der Kommissionssatzung angenommen und ebenso die Vorlage in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage betr. Ausgabe von Banknoten zu 20 und 50 Pf. Die Vorlage wird gegen Widerspruch der Freisinnigen an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung — Mittwoch 1 Uhr — werden nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abg. Dr. Spahn (S), Singer (SD) und v. Treuenfels (R.) beteiligen, gestellt: 1. Dritte Lesung des Antrags Bleil (FDP) betreffend Handelsagenten. 2. zweite Lesung des Antrags v. Treuenfels (R.) betreffend Haftpflicht der Tierhalter, dritte Lesung der Vorlage betr. Wenderung der Zivilprozeßordnung. 4. Wahlprüfungen.

Schluss 8½ Uhr.

KRÖZEL UND SCHÖFFENGERICHT.

Mittwoch, den 24. Mai.

Achtung Flusschiffer! Neben den Flusschiffahrtsbetrieb von H. Drews ist wegen Rohstoffdifferenzen die Sperrzeit verhängt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Bockhornkommission der Flusschiffer.

Der Zugang von Maurern nach Burg (Gehmarn) und Reinfeld i. S. ist streng fernzuhalten!

Das Dementi Bebels kommt unserm Amtsblatt sehr ungelegen, denn es hätte anscheinend gar zu gern noch bis zur Entscheidung über die Wahlrechtsverschlechterung mit dieser „aus den Fingern gesogenen“ „Neuerung“ unseres Genossen operiert, um einsätzige Bürger einzuschüchtern. Dass an den großen vertrauenswürdigen“ Unbekannten, der von dem Ausspruch Bebels etwas gehört haben wollte, kein vernünftiger Mensch glaubt, dürfte sogar den „L. A.“ klar geworden sein, denn das Blatt schreibt:

„Unsere Erklärung zu dem Dementi Bebels bezeichnet der hiesige „Volksbote“ in seiner gestrigen Nummer als „faule Ausrede“. Wir können das sozialistische Organ ebensowenig zwingen, unsere Erklärung zu akzeptieren, wie uns der „Volksbote“ veranlassen kann, dem

Dementi des Abg. Bebel eine Beweiskraft auszumessen. Dass wir den betreffenden Ausspruch eines Sozialistenführers frei erfunden haben, davon ist der „Volksbote“ ganz sicherlich selbst nicht überzeugt. Er kann eben die Tatsache nicht widerdiskutieren, daß wir in der Lage sind, uns auf einen amtlichen Bericht der gesetzgebenden Körperhaften Würke zu stützen.“

Der „Unbekannte“ ist also nicht mehr zum Beweis herangezogen worden, obwohl es demselben doch ein leichtes gewesen sein mühte, anzugeben, wo und wann der Ausspruch Bebels gefallen ist. Dann wären ja auch alle weiteren Aussführungen überflüssig. Wenn das Amtsblatt dem Dementi Bebels gegenüber eine Insinuation, für die deren Urheber nicht einen Schmierer der Wahrheit zu erbringen vermögen, keine Beweiskraft beimitzt, so ist das seine Sache. Es kennzeichnet diese Tatsache nur das Niveau, auf dem sich die ganzen Ausschreibungen dieser Zeitung bewegen. Wenn weiter der Anschein erwacht werden soll, als würde unserseits bestreiten, daß dieselbe lügenhaft beauptung, die das Amtsblatt seinen Lesern wiederholte aufgetischt hat, im amtlichen Bericht gestanden hat, so sind die guten Leute im Irrtum. Der ganze Bericht der gemeinsamen Kommission steht genau auf denselben Höhe wie die nachträgliche Begründung der Vorlage durch die „Lübeckischen Arzgegen“, d. h. von beiden Seiten ist in gleicher Weise mit Unwahrheiten, Unwahrnehmlichkeiten und Unmöglichkeiten gearbeitet worden nach dem Grundsatz: „der traurige Zweck heiligt die verwerflichsten Mittel.“ — Das freisinnige „Hamburger Freiheitsblatt“, das in unserer Schwesterstadt als getreuer Sancho Panza neben dem Don Quixote „Hamb. Nachr.“ für die Volksvertretung eintritt, war auch auf den Schwindel unseres Amtsblattes resp. seines Chefredakteurs hereingesunken; es wandte sich — nachdem es einen derben Rufen über erhalten hatte, an Dr. Ludwig von den „Lüb. Ans.“ um Auskunft darüber, in welcher Rede Bebel seine Aeußerung getan hatte; bald ging folgende Antwort ein:

„Auf Ihre Anfrage vom 19. Mai erwähne ich, daß die betreffende Aeußerung sich in dem amtlichen Bericht der am 21. März 1904 eingeführten gemeinsamen Kommission des Senats und der Bürgerschaft vom 4. Februar 1905 befindet. Es heißt dort auf Seite 3: „Gerade für Lübeck gilt das Wort eines bekannten sozialistischen Parteiführers, durch die Hansestädte wollen wir in den Bundesrat gelangen.“ Auf meine private Erkundigung, wer dieser Parteiführer sei, brachte ich in Erfahrung, daß es der Abgeordnete Bebel sei. Diese Mitteilungen sind bisher von keiner Seite bestritten worden.“

Hochachtungsvoll

Dr. F. Ludwig,

Chefredakteur.
Diese Antwort, die auf den Kern der Frage aus welcher Rede Bebels die fragliche Aeußerung entnommen ist, überhaupt nicht eingehet, enthält augleich wieder eine faustdicke Unwahrheit in dem Sag. daß „diese Mitteilungen von einer Seite bestritten worden“ sind. Wir haben s. B., wie Herr Dr. Ludwig genau wissen wird, gesagt, daß uns die Aeußerung Bebels weder bekannt noch glaubhaft wäre; anstatt nun — wie wir es damals und noch heute wünschten — Ort und Zeit dafür anzugeben, wo Bebel solchen Unsinn gesprochen hätte, wurde die Unwahrheit nur noch wiederholt. Echt nationalliberal war solche Kämpferweise — aber darum nicht weniger verwerflich.

Neben die Quelle des Schwindels schreibt der Hamburger „Gen. Ans.“: „Die „Lüb. Ans.“ vom 6. März 1904 brachten eine Bemerkung folgenden Inhalts: „Wie weit übrigens die Pläne der Sozialdemokratie gehen, zeigt eine allerdings nicht verborgte Aeußerung eines sozialdemokratischen Führers, die — irren wir nicht — auch vor einiger Zeit in der Presse kolportiert wurde. Der betreffende Führer soll nämlich geäußert haben: „Wir werden die Hansestädte dazu benutzen, um Sie und Ihre Stimme im Burdebrat zu erlangen.“ Da die „Lüb. Ans.“ des offiziellen Blatt des Senats sind, hat die Annahme erdrückende Wahrscheinlichkeit für sich, daß die Senats- und Bürgerstaatskommission in ihrerseits sich auf das Amtsblatt gestützt hat. Es ist also ein wahnsinnig-freisinnig-volksparteiliche Gegenseitigkeits-Verhältnis. Herr Dr. F. Ludwig, Chefredakteur der „Lüb. Ans.“ bezieht sich auf den Ausschuss und dieser paraphrasiert in seinem Bericht wieder die Mitteilungen der „Lüb. Ans.“ Freilich war in dem Jahre 1904 Herr Dr. Ludwig noch nicht oder erst kurzzeitig Chefredakteur des Blattes, sondern bemühte sich noch, die ihm anhaftenden freisinnig-volksparteilichen Erschalten abzustreifen. Wie man sieht, mit vielleicht Glück. In Elberfeld 1901 Chefredakteur der volksparteilichen „Neuest. Nachr.“ und in Lübeck nationalliberaler Kämpfer für Wahlrecht-Erreichung! Das ist bitter. Hatte Herr Dr. Ludwig ein genaueres Kenntnis dessen, was die „Lüb. Ans.“ einst verarbeitet haben, so würde er seine Behauptungen vielleicht in weniger positive Form kleiden.“

Im Jahre 1904 hieß es ausdrücklich, die Aeußerung Bebels sei „nicht verbürgt“ und weiter „irren wir nicht, ist sie vor einiger Zeit in der Presse kolportiert worden.“ Wir glauben, Herr Dr. Ludwig irrte 1904, sinnbildlich in der ganzen ihm gefüllten verwandten Presse niemand als Eideshelfer für ihn aufgestanden ist. Was 1904 noch unverbürgt war, avancierte also 1905 zur Tatsache und ist der Ehre würdig, in einem amtlichen Berichte zu paraderieren. Es wird dem wideren Brodschenscheide nun wohl nichts weiter übrig bleiben, als die Angabe, welche „vertrauenswürdige Seite“ ihm die Aeußerung Bebels bestätigt hat. Unterläßt er das, so bleibt an ihm und der Senats- und Bürgerschaftskommission der Bockhorn leichtsinniger Berichterstattung ein für alle mal haften.“

Die bürgerliche Charakteristik des freisinnig-volksparteilich-nationalliberal-agrarischen Chefredakteurs des Amtsblattes dürfte vorläufig genügen, um den Herrn, der seine Gesinnung wie ein schmugeliges Hemd wechselt, der nach dem Vorbilde Schmidts bald links bald rechts schreiben kann, in den Augen anständiger Leute ziemlich unmöglich zu machen. Der Bockhorn leichtsinniger Berichterstattung bleibt der Kommission und ihrem journalistischen Handlanger jedoch für alle Zeit erhalten, denn der selbe erstreckt sich nicht nur auf die angebliche Aeußerung Bebels, sondern auf alle wesentlichen Punkte des Berichts.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, den 29. Mai 1905, abends 6 Uhr, im Bürgerschaftssaal statt. Wie es heißt, wird sich dieselbe mit der Entredigung der Lübecker Arbeiterschaft beschäftigen.

Zum Säntabladen. Unter Aufhebung seiner Verordnung vom 10. Februar ds. J. verordnet das Polizeiamt was folgt: § 1. Die Ablagerung von Blättern ist dem bisher zu dem Zwecke bestimmten Platz namentlich an dem südlich der Badeanstalt an der Alexanderstraße belegenen Wakenitzufer verboten. § 2. Für das Abladen von Schutt wird das am Kanalufer, unterhalb der Altendorfstraße zwischen

der Felsenstraße und dem Gebäude des Kanalhafens befindliche Areal, sowie die durch aufgestellte Tafeln gekennzeichnete, an der verlängerten Louisenstraße nahe dem Korneiweg belegene Parzelle, welche schon jetzt zur Abholzung von Scherben und Hausbrennholz benutzt wird, bestimmt. Den Anforderungen des mit der Einziehung des angefahrenen Bauschutzes u. beauftragten Arbeiters der Baudeputation ist unbedingt Folge zu leisten. S. d. Nebertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 80 Mk. oder mit entsprechender Haft bestraft.

Neuer Rechtsanwalt. Der bisherige Rechtsanwalt Dr. Stähler ist zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgericht und dem Amtsgerichte selbst zugelassen und in die hiesige Rechtsanwaltsliste eingetragen.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Restaurateurs H. J. Ch. B. Brauer zu Israelsdorf ist, nachdem der Zwangsvergleich vom 17. März 1905 rechtskräftig bestätigt ist, und der Verwalter Abrechnung gelegt hat, aufgehoben worden.

In den Krähenteich gestürzt ist gestern mittag ein zähdiges Mädchen. Es gelang glücklicherweise vorüberkommenden Passanten, das Kind zu retten.

Sarah Bernhardt, die bedeutendste s. B. lebende französische Schauspielerin, wird am Sonntag ein einmaliges Gastspiel in der Stadt halle absolvieren. Bis vor einigen Jahren gehörte die „göttliche Sarah“ zu den jüngsten Franzosen; die bei dem Wort „Allemagne“ in Wutfrämpe fielen; jetzt hat sich das jedoch gegeben. Zur Aufführung gelangt das bekannte Dumassche Schauspiel „Die Kameliendame“, in dem Sarah Bernhardt die Titelrolle spielt; in derselben ist die Künstlerin — wie behauptet wird — bisher noch von Niemand übertrroffen worden. Ein eigenes Ensemble begleitet die „göttliche“ Sarah. Jedenfalls wird der kommende Sonntag dem Lübecker Theaterpublikum eins der interessantesten Gastspiele bringen.

Arbeiterrisiko. Der Arbeiter Philipp geriet heute morgen mit der linken Hand in die Abrichtmaschine; dabei wurden ihm einige Finger schwer verletzt. Der Verunglückte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Der Unfall trug sich in der Möbelfabrik von H. St. Heymann zu.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern nachmittag 14 Grad.

Klug. Die ägyptische Augenfrankheit ist unter den Arbeitern des Hofs Blücher ausgebrochen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein betriebener Unglücksfall ereignete sich am Montagnachmittag gegen 5 Uhr auf dem Bergedorfer Bahnhof. Der Streckerarbeiter Meinburg aus Sande hatte da selbst Arbeiten auf dem Schienenstrange zu verrichten. Im Eifer seiner Beschäftigung bemerkte derselbe jedoch nicht, daß auf demselben Gleise eine Lokomotive heranfähre, die denn auch gegen den Arbeiter anfuhr und ihn zur Seite gegen das Gitter schleuderte. Die Verletzungen erwiesen sich so schwerer Natur, daß die Überführung des Verletzten ins Krankenhaus angeordnet werden mußte, wo er seinen Verleidungen am Dienstag morgen erlegen ist.

Feuer. Montag nachmittag wurde eine dem Landmann Witt in Farzenen gehörige, von einem Arbeiter bewohnte Hütte ein Raub der Flammen. Obwohl Feuerwehr zur Stelle war, konnte wegen Wassermangels nicht viel zur Rettung getan werden, sodoch auch 8 Schweine,

1 Stahl und 6 Hühner ein Opfer des Brandes wurden. — Die Frau des Generalagenten Berg in Flensburg wurde gestern morgen am ganzen Körper entsetzlich verbrannt. Sie hatte Papier im Ofen mit Petroleum getränkt und angezündet. Nachdem sie von drei Personen verbunden worden war, wurde sie ins Krankenhaus gebracht. — Ein tödlicher Mord statt in überraschende bei Langland im Großen Welt den von Stiel ausgelauenen, mit Holz beladenen Dreimastsschoner „Gunganer“ das Schiff, dem die Unterketten rissen, wurde auf den Strom geschleudert und sank. Es ist total verloren. Kapitän Johansen hatte die Notflagge gehisst, die Besatzung befindet sich an Bord.

Hamburg. In der viel besprochenen Blanzeiger U n g e l e g e n h e i t findet gegen den verantwortlichen Redakteur des „Hamburger Echo“ die Hauptverhandlung am Freitag, den 2. Juni, vor der Strafkammer statt. Die Anklage lautet auf Beleidigung von acht Geschworenen, die seinerzeit in Altona das Richteramt ausgesetzt hatten, und auf Beleidigung des damaligen Verhandlungsteilnehmers Landgerichtsdirektors Mensching.

Ithoe. Die Bauarbeiter haben Dienstag das Anerbieten der Meister angenommen. Heute wird von ihnen und den Bauhandwerkern die Arbeit wieder aufgenommen. So melden Bürgerliche Blätter.

Alpenrade. Großfeuer. In der Nacht zum Sonntag wurden die sämlichen großen Gebäude des 100 Tonnen großen Hofes des Büchers Lauritsen bei Lundsb erg an der Flensburg-Alpenrader Chaussee total eingeschert. Die Bewohner retteten sich ohne Kleidung durch die Fenster ins Freie, das meiste Vieh wurde gerettet. Mehrere Schweine und Kübel kamen um, mehrere Tiere erlitten heftige Brandwunden; durch Flugfeuer wurde eine 50 Meter entfernt stehende Scheune gleichfalls eingeschert. Man glaubt, daß Brandstiftung vorliegt.

Nehna. Der Streik der Maurer und Zimmerer in Nehna ist beendet. Es wurde eine Lohn erhöhung von 2 Pf. pro Stunde erreicht. Die Arbeit wurde am Montag den 22. Mai aufgenommen.

Nostock. Ein Großfeuer entstand in Dammerstorff in einem von sechs Familien bewohnten Gußfatten, das bei dem herrschenden starken Ostwinde bald auf den benachbarten Schaffall und von da auf eine Scheune übersprang. Die Tagelöhner konnten von ihrer Habe wenig oder garnichts retten, dagegen gelang es, 380 Schafe, die in dem Stalle waren, noch herauszubringen, nur eins kam in den Flammen um. Die in der Scheune vorhandenen Vorräte, Wagen, Werkgeräte, landwirtschaftliche Maschinen u. s. w. sind sämlich ein Raub der Flammen geworden. Alle drei Gebäude, die mit weicher Bedachung versehen waren, wurden in Asche gelegt.

Harburg. Revision eingelebt. Der wegen Beleidigung von acht Geschworenen des Altonaer Schwurgerichts, sowie des Landgerichtsdirektors Mensching in Altona in dem bekannten Blankeneser Notzugsprozeß vor der Strafkammer in Stade zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte Redakteur des „Harburger Volksblattes“ Genosse Niedlinger hat gegen das Urteil Revision eingelebt.

nachdem sie zuvor ihr vierjähriges Kind erschossen hatten. Die Ursache der Tat ist beim Brandenburger Anzeiger aus folge in dem Aufenthaltsbruch des von Börner geführten Bankgeschäfts zu suchen.

Dresden. Vom Schwurgericht wurde der Schuldirektor Pilz, der Leiter der Dresdner Kinderbeweidungsanstalt Marienhof, 1867 zu Görlitz geboren, wegen Sittlichkeitsverbrechen, Unterschlagung amlicher Gelder und Uekundenschildung unter Billigung widerlicher Umstände zu 3½ Jahren Gefängnis und 5 Jahren Chorverlust verurteilt.

Lipsia. Vom Reichsgericht wurde die Revision des Grafen Badler-Kleinischirne, der am 12. Januar vom Landgericht I Berlin wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Er muß also brünnen.

Osterode. Mord. Von einem Handwerksburschen wurde das 19jährige Dienstmädchen Chrhardt in der Nähe von Schiegershausen ermordet. Es liegt ein Lustmord vor.

Erfurt. Wegen Zweikampfs mit Pistolen wurde von der Strafkammer der frühere Hauptmann v. Gerdtsberg aus Strassburg zu 2½ Jahren Festung verurteilt. Der Angeklagte hatte am 22. Februar 1904 im Steigerwald bei Erfurt bei einem Duell einen Stabsarzt in den linken Oberarm und in das Knie geschossen.

Köln. Vom Gewerkschaftslongreich. Nach langer Debatte, in der Sachse die Taktik der Bergarbeiter verfeindigt und v. Elm für die Schaffung einer Zentralstreikasse eintrat, beschloß der Gewerkschaftslongreich gestern, zur Frage Streikunterstützung und Streikreglement der Generalkommission in den seltenen Ausnahmefällen, in denen die eigenen Mittel einer leistungsfähigen und besonnenen Organisation nicht ausreichen können, das Recht zur Veranstaltung von Sammlungen zu geben. Die Generalkommission wird Zentralstelle für die möglichst durch Extraarbeitstage zu sammelnden Gelder. Weitere Bestimmungen soll eine eingesetzte Kommission von 15 Mitgliedern sofort ausarbeiten. Die Generalkommission soll sich mit der Partei über die Aussagen einer Sammelliste verständigen.

München. Schwarze Blätter. In Donauwörth sind die schwarzen Blätter durch russischen Flachs eingeschleppt worden. Ein Fabrikarbeiter ist bereits gestorben.

Charkow. Entgleisung eines Güterwagens. In der Nähe von Losowaja ist ein Güterzug mit Personenwagen entgleist. 25 Wagen wurden zertrümmt und viele Menschen getötet und verletzt.

Zinsenbuch. Verirrt. Bei dem Ausflug des Schülerabschlußfahnen nach Bils verirrte sich einer der Zugläufer im Gebirge, stürzte von einer hohen Felswand ab und erlitt den Tod.

Paris. Ein vermischter Dampfer. Laut Meldung aus St. Servan wird der Dreimaster „Cousins Renais“, der vor fast drei Monaten mit 128 bretonischen Fischern nach Neufundland abging, seitdem vermisst, und man befürchtet, daß das Schiff untergegangen ist.

Arbeiter Bildungsschule Lübeck.

Außerordentliche Mitgliederversammlung Donnerstag den 25. Mai

abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 60/62
Tagesordnung:
1. Unser Sommervergnügen
2. Innere Vereinskängelegenheiten.
Bahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Zum roten Löwen. Sonntag den 28. Mai 1905: Grosses Ringreiten

Hierzu laden freundlich ein
Die Reiter.

Berband der Maurer.

Ausflug nach Ratzeburg am Sonntag den 18. Juni 1905, vorm. 11½ Uhr, per Extrazug. Dasselbst: Tanzkränzchen und Kinderbelustigung. Preis Mt. 0.80. Kinder die Hälfte. Karten von den Boten und Vorstandsmitgliedern erhältlich Der Vorstand.

Stadt - Halle.

Donnerstag: Abonnement - Vorstell. 17.
Einmalige Wiederholung von H. Sudermann's
Sodoms Ende.

Absch. — — — — — Fanny Rheinen.
Käthchen — — — — — Luise Delosé.
Willy — — — — — Hans Wahlberg.
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Sonntag den 28. Mai, 7 Uhr:
Gastspiel Mad. Sarah Bernhardt.
La Dame aux Camélias.

Vergte Nachrichten.

Brandenburg a. H. Das Ende. Der Bankier

Theodor Börner und dessen Frau erschossen sich.

Durch die glückliche Geburt eines gesunden kräftigen Jungen wurden hochfreut.

W. Nehlsen und Frau,
geb. Bahlreich.
Schwartzau-Stalhof, den 25. Mai 1905

Als Verlobte empfehlen sich:
Sophie Küßner
Friedrich W. Schütt
z. St. Lübeck.

Freundl. Logis f. 1 od. 2 junge Pente
Großer Kielau 18

Möbl. Wohn- und Schlafzimmer
zu vermieten
Marlesgrube 61.

Ein freundl. Logis zu vermieten
Friedenstraße 49. II.

Ein Zimmer zu vermieten
El. Burgstraße 4. I.

Gesucht ein junger Schreiner
bei 1 Pferd
Mühlenstraße 27.

Flaschenbier.

Brauerei gibt Pferd und Wagen und Flaschen zur Einrichtung gegen bare Käution.

Off. u. GE an die Exped. b. St.

Bei verlaufen eine einschlägige Betriebsstelle mit Sprungfedermatratze
Hundestr. 80.

Kinderwagen und Sportkarte
billig zu verkaufen Elswigstraße 32. I.

Guterhaltener Kinderwagen
zu verkaufen Glendorfstraße 9. I.

Zu verkaufen 1 Sportwagen, 1 Kinderstuhl und 1 Kl. Phonograph. Zu befreien abends nach 6½ Uhr
Lindenstraße 46. I.

Folgende Arbeitgeber haben die Lohnforderung nicht anerkannt:

Busch, Mühlenstraße; Johannsen, Blosauerstraße; Bade, Blücherstr. 5; Bentien, Bismarckstraße 10; Will, Dorfstraße 21; Molge, Königstraße; Wien, Königstraße; Geile, Bahnhofstraße 39; Schleuß, Beckergrube; Wittstock, Brunnstraße; Ramm, Engelswisch 6; Ramm, Charlottenstraße 17; Burmeister, Hegidenstraße 6; Bork, Grunstraße 3 a und Danzel, Bredest.

Die Lohn-Kommission
der Schuhmachergehilfen Lübecks.

Beim Kaiser Potentiale negetr.



Schuhmarie Nr. 71460.

Behr-Atelier
für wissen-
schaftl. prak.
Zuschneide-
kunst der neuen
leicht löslichen,
gesetzl. geschützten
Triumphmethode
v. W. Neugebauer
Dresden. Aus-
bildung unter Gar-
antie. Schnitt u.
S. usw. unübertrifft.

Erna Widow
allein. Vertreter.
f. Lübeck u. Umgeg., Gr. Petersgr. 8. Brosp. gr. graf.

Guter Privat-Mittagstisch, 50 Pf.
untere Engelsgasse 80, I.

Streichfertige o o

o o o Delfarben

zum Gebrauch fix u. fertig.

**Leinöl, Firniß, Carbo-lineum,
Stahlspähne, Bohnerwachs,
Deckenbürsten, Weissquäste,
Pinsel**

sowie sämtliche Bürstenwaren
empfiehlt das

Drogen- u. Farbengeschäft

von

John Becker

Dornest. 29. Fernspr. 1632.

Schmerzloses Einsegen

Künstlicher Zahne

ohne Herannahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen

Teilzahlung gestattet.

W. Marks, Zahnkünstler,

Zühlensstr. 28.

Früher M. 120.— jetzt M. 90.—

Florett-Fahrräder

allen voran 1 Pa. Material,
2 Jahre Garantie! Frei-

läufige Torpedo M. 15 mehr Wäntel v. M. 3.50
an, Schläuche M. 2.80, Achsen-Laternen M. 2.

H. A. Hill, Fahrrad Verhandl., Johannisstr. 9

Rev. all. Syst. Hill, Umbos Fahrräder M. 75. 1. S. Gar.

Partie Zigaretten, 100 Stk. u. 3 M. 00

Mengstraße 19, I.

Georg Behnck

— Sarg-Magazin —

beidenwäsche.

Warendorpstr. 4.

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —</p

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Donnerstag, den 25. Mai 1905.

Nr. 121.

12. Jahrgang.

Flüster Deutscher Gewerkschaftskongress.

(Eigenes Bericht des „Vib. Volksb.“).

Köln a. Rh., 22. Mai 1905.

In der Nachmittagssitzung wird die Debatte über den Vorstand berichtet beim Punkte Agitation fortgesetzt.
Sabath. Berlin begründet den Antrag des Schneider-Verbandes. Sein Verband habe schon von jenseit alle in der Konkurrenz tätigen Personen organisiert, auch die Wäschereininnen. Ein Tagessetzung ist dem rein lokalen Verband der Berliner Wäschereischneider eingefallen, sich als Zentralverband zu konstituieren. Wenn er (Rebner) auch jetzt Bandmann des Gewerkschafts-Ausschusses sei, so versteht man doch nicht, daß dieser einen solchen Verband anerkannt hätte. In Hamburg wäre das früher nicht möglich gewesen. Heftentlich werde der Gewerkschaftskongress den Fehler des Gewerkschaftsausschusses wieder gut machen.

Obenthal-Hamburg (Stukkator) glaubt, daß der für Rheinland geforderte Gauleiter seinen Sitz in Berlin haben sollte, um von dort aus durch Deutschräte, vielleicht Wellen zu den Parteizirkeln, im Rheinland über die mit den schwierigsten Mitteln arbeitenden Jesuitenschule in München Gladbach Ausklärung zu verbreiten.

Schwarz-Danzig (Maurer): Wenn schon das Geld für einen Obergauleiter aufgebracht wird, so soll er sich auch an Ort und Stelle im Rheinland informieren. Im südlichen Osten ist die Wahlfrage nur mit dem Gelde der Generalkommission zu lösen, alle anderen Mittel haben versagt! — Legten mehrere, wir sollten die Statistiken der Regierung untersuchen, um uns den Weg zu ihrer Auskunftsstelle durch sie offen zu lassen. Wäre das wirklich der Grund, so könnten wir uns besser unsere Groschen sparen und unser Geld fruchtbarer für die Agitation verwenden. Denn da alle leitenden Personen aus der Klasse der Wenigen geworden werden, die die Masse des Volkes ausbeuten, so werden sie nicht so leicht die Gewerkschaften annehmen. Über gleichzeitig; jedenfalls wollen wir der Regierung zeigen, daß wir ihr behilflich sind, auch wenn sie uns allüberall Steine in den Weg legt. (Sehr gut!)

Hofoth-Berlin (Buchdrucker) tritt für die Aufführung des Generalkommissars ein. Wer sollte er keine Christenversorgung leisten und nicht bloß auf das Zentrum schimpfen, aber er hat journalistisch jedenfalls eine der schwersten und teuersten Aufgaben. Wie dürfen nicht noch drei Jahre damit warten. Sofort fahren die Christlichen das Heu ein, das wir verfrusen lassen.

Leutel-Berlin (Glasarbeiter) protestiert gegen das Benehmen Wabres, des Vertreters der Generalkommission auf dem Verbundstage der Glaser. Der habe zur Aufführung von Gauleitern gedrängt und da er die Autorität der höchsten Stelle für sich hatte, wurde der Antrag angenommen. (G. Heiterkeit und sehr gut! Sehr richtig! Rufe.) Redner protestiert dagegen, daß die Generalkommission nicht vermittelnd, sondern bestimmt eingreife.

Legien (als Referent der Generalkommission) bezichtigt den Tadel Leutels als vorsichtig. Zum mindesten hätte er seine Beschwerden vorher der Generalkommission mitteilen müssen. Über wahrscheinlich würden die Glasarbeiter ihm nicht für seine Ermischung danken. (Barfe: Auf dem nächsten Verbundstage!) Die mehrfach erwähnte Konferenz der Gauleiter Rheinland-Westfalen hat sich zu Gunsten der Aufstellung des Generalgauleiters ausgesprochen. Die endgültige Entscheidung wird nun auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können. Schwarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgeführt, daß es ein auf die Dauer unhalbbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisation in Anspruch nimmt und auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung versagt. Ich habe einmal öffentlich bi-

tonen wollen, daß wir Gewerkschaftsbeamte tatsächlich große Opfer für die statistischen Arbeiten der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften bearbeitet wird. Ich bin die Streikstatistik für die Stadt, in der Aufzählung fehlen alljährlich 3000 Streiks. Das wird auf die Dauer nicht so weiter gehen. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik besetzt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen. Überzeugt halte ich die Auffassung für falsch, daß die gewerkschaftliche Organisation auf absehbare Zeit auf Anerkennung nicht zu rechnen haben. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den ja wahrscheinlich gegen die Gewerkschaft gerichteten Geschenkwurf betrifft, die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften. In der Frage der Anerkennung der Wäschearbeiterorganisation — ist der Gewerkschaftsausschuss letzte Instanz. Im übrigen dürfte sich der Wäschearbeiterverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, sollte er es doch früher schon dem Schneiderverband angeboten und von dessen Vorstand eine Abweisung bekommen. (Sabath: Er hat es längst bereit!) Das hilft nun nichts. Die Schwertgleiter erledigen sich von selbst mit der Entwicklung der Industrie und der Organisationen. Wir aber können eine Regel nicht finden. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Oberschlesien bitte ich glatt abzulehnen. In Posen entwidelt sich die Bewegung erst, seit wir den Beutel zugelöst haben. — Der Redner geht dann noch auf die Frage der Volksorganisationen in Solingen ein. Sie hätten sich um Bildung zu diesem Kongresse bemüht, könnten natürlich nach dem bestehenden Statut nicht angenommen werden. Immerhin seien die Industrieverhältnisse in Solingen so eigenartig, — der Metallarbeiterverband wird eine Studie darüber veröffentlichen — daß sich vielleicht um ihretwillen eine Abänderung des Statutens empfehle.

Lang-Werl (Lithograph) bringt auf Grund von eigenen Erfahrungen in Oberschlesien darauf, daß die Gewerkschaften den Bauhau in Oberschlesien fördern. Zur Resolution der Schneider erklärt der Rebner: Ich verstehe zwar nicht viel von Schreiderei, und Wäschearbeit habe ich noch nie gemacht, aber als Demokrat werde ich keiner Gewerkschaft die Freiheit beschränken. (Heiterkeit.)

Frl. Gründerg-Berlin (Schneider) schildert die Schädigung der Arbeiterbewegung durch die Hölle zwischen den Schneiders und den Wäschearbeitern, die in den Schneiderverband gehörten. Redner spricht dann über die Schwertgleiter der Frauenagitation und schreibt den größten Teil der Schuld der rückständigen Erziehung der Männer zu.

Frau Tieh-Berlin (als Gast mit beruhender Stimme; Vertreterin des gewerkschaftlichen Frauenagitationsteams) macht dem Metallarbeiterverband Vorwürfe, daß er trotz der stark gestiegenen Zahl der weiblichen Mitglieder keine weiblichen Beamten angestellt habe. Rednerin befürwortet ihre Resolution.

Cohen-Berlin (Metallarbeiter): Parteiengassen! Bardeon — Genossen! (Heiterkeit.) Ich muß die Resolution beläppen, die hier seltsam des gewerkschaftlichen Frauenkomitees eingebracht worden ist, nachdem der Stuttgarter Kongress ihm dieses Recht ausdrücklich abgesprochen hat. Die Resolution beschäftigt sich mit Dingen, die den Kongress nichts angehen, weil jeder Beruf die Agitation auf seine Art treiben muß. Unter dem eisernen Druck der wirtschaftlichen Bevölkerung hat sich seit Stuttgart in unserer Berliner Fülle die Zahl der weiblichen Mitglieder von 300 auf 3500 gesteigert. Über die Zeit ist bei mir vorüber, wo ich die Frauen für die besten Agitatoren bei Frauen hielt. (Hört, hört!) Die Hauptfahrt ist, daß der Agitator etwas vom Beruf versteht. Ich glaube auch, daß der Zusatz öffentlicher Versammlungen, den die Resolution fordert, nur herau geworfenes Geld bedeuten dürfte. Zu den plützlichen Themen, zu den Werkstabsitzungen kommen die Frauen, wenn etwa der Vohn ihnen grüßt werden ist. Aber frei-

lich, das ist nach außen hin nicht bemerkbar, das glänzt nicht. (Sehr gut!) Man wird mich für unhöflich halten. (Heiterkeit.) Man hat mich auch schon als Weiberfeind bestimmt. (Heiterkeit.) Aber ich verstehe Ihnen, daß ich das nicht bin. (Dr. Heiterkeit.) Gern ist bei mir das Gegenteil der Fall. (Sturm, Heiterkeit.) Für ganz unannehmbar halte ich die Vorgriff, daß die weiblichen Mitglieder ebensoviel Beiträge zahlen sollen, wie die männlichen. Ich halte es auch nicht für gut (Stimme des Präsidenten). Ich halte es auch nicht für gut (Stimme des Präsidenten). (Große Heiterkeit.)

Bors. Wöbelburg: Cohen hat u. a. behauptet, die Stuttgarter Resolution (die Auseinandersetzung weiblicher Gewerkschaftsbeamten fordert) sei nur aus Höflichkeit angenommen worden. Wir in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nehmen wirklich keine allzu große Rücksicht auf die Frauen. (Verb. Zustimm.)

Frau Wader (Centralverbrauchsperson; als Gast) polemisiert gegen Cohen, stimmt ihm aber auch teilweise zu. Die politisch tätigen Frauen führen alle Arbeiterinnen, die sie erreichen können, der gewerkschaftlichen Organisation zu; möchten umgekehrt auch die Gewerkschaften sich der politischen Agitation annehmen.

Weller-Berlin (Wäschearbeiter) polemisiert, von den Schneidern häufig und heftig unterbrochen, gegen Sabath. Die Mitgliederzahl ihres neuen Verbandes habe sich innerhalb der 10 Monate seines Bestehens mehr als verdoppelt. Der Schneiderverband habe alle Einfangs- und Verständigungsversuche abgewiesen. Nachdem er sich jahrelang nicht um die Wäschearbeiter gekümmert habe, störten sie jetzt überall die Agitation des neuen Verbandes. Man sollte nicht müßig gestören, was der Wäschearbeiterverband müßig genug aufgebaut habe. Selbst von keiner Vernichtung würden die Schneider sicherlich keinen Nutzen haben.

Deinhardt-Stuttgart (Holzarbeiter): Ich bin im allgemeinen sehr erfreut und befriedigt über die Tätigkeit der Generalkommission; nur würde ich wünschen, daß sie, jetzt verstärkt, auch die Tätigkeit der verschiedenen Kommissionen (für Frauenagitation, für Beseitigung des Kost- und Logiswesens) auf sich übernimmt. Durch die Einführung von Provinzial-General-Arbeitssekretariaten (Dr. Heiterkeit) wird die Gewerkschaftsorganisation zu kompliziert. Ich muß den Antrag auf Herausgabe von Broschüren gegen die Hirsch-Dunderchen und Christlichen entschieden bekämpfen. Durch eine solche Hitalenammlung wird die prinzipielle Agitation gegen die gegnerischen Verbände nur verstärkt. Wir sollten uns ernsthaft bemühen, den Gegnern ernsthaft gerecht zu werden und ihnen auch Gerechtigkeit wiederausfahren zu lassen. Wir brauchen nicht, gleich unseren Gegnern, mit einem einzigen, oft aus dem Zusammenhang gerissenen Worte jahrelang hausieren gehen. Lassen wir uns nicht auf das Niveau unserer Gegner herabdrücken.

Simon-Nürnberg (Schuhmacher) verteidigt den Antrag auf Herausgabe dieser Broschüren. Die Agitatoren hätten oft nicht einmal Zeit, ihre Parteizettelung zu lesen. Sollten sie sich da noch genügend Material über die Gegner verschaffen können?

Ein Schlussantrag findet Annahme.

In seinem Schlusswort polemisiert Legien gegen Cohen. Der Stuttgarter Kongress habe nur eine völlige Selbständigkeit der Frauenbewegung gewollt. Auf der anderen Seite sollte auch heute nur ein Rat gegeben werden; und ungültig ist der Rat nicht, die Belästigung der Frauen zu erhöhen. Im Jahre 1894 habe die Generalkommission eine Frauen-Emanzipation durch öffentliche Versammlungen eingeleitet. Mit gutem Erfolg. Hingegen habe der Metallarbeiterverband trotz des großen Anwohns des Verbandes insgesamt im Vorjahr über 2000 weibliche Mitglieder verloren. Die Frau sei eben die beste Agitatorin für die Frau. Und bei der großen Bedeutung der Frauenarbeit, die immer weiter um sich greife, könne man nicht sorgfältig genug

Der Einjährige.

Kriminalroman von Friedrich Ehleme.

35. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Lorenz hörte mit Erstaunen zu. Wie alle Welt hörte er Hobart für einen stellreichen Mann gehalten! Auf einmal ward ihm jetzt klar, warum die Verfolgung Rudolf Weringers nicht sofort begonnen hatte! Der Architekt war von dem Schlag, der ihn durch seine Entfernung getroffen, fast vernichtet gewesen. Anfangs hoffte er, seinen neugefundenen Menschen, den er für einen unerfahrenen jungen Menschen hielt, der sich durch die Verwandtschaft und Kompaniehaft mit dem großen Unternehmer ärgerlich gefühlt würde, auf seine Seite zu ziehen, ihn zu veranlassen, das ererbte Vermögen seinen Händen zu überantworten. Hätte Rudolf eingewilligt, so behöre sein Onkel an seiner Verurteilung kein Interesse mehr. Nachdem dieser sich jedoch ablehnend verhalten, gebot es der Tochter des Onkels, den Menschen zu verderben! Er mußte verurteilt werden, damit das Vermögen dem Onkel wieder in die Hände fiel! Das Motiv für die elenden Machinationen, welche der Architekt nach dem Anwalt vermutung gegen Rudolf in Szene gesetzt, war mit der Auskunft des Informationsbüros gegeben; für die Frage selber, wer der Möder sei, bot sie keinerlei Anhaltspunkte.

Doch der Mann bemühte sich in erster Linie, seinen armen, unschuldigen Schwager von Schmach. Gefangenshaft oder gar vom Tode zu retten! Vom Rückenstreubureau fuhr er geradenwegs nach dem Schlesischen Bahnhof, um noch mit dem Abendzug nach Bütow abzudampfen. Das jugendliche Dienstmädchen, welches während der Abwesenheit der Herrschaft mit seiner Mutter in der Wohnung baute, war nicht wenig erstaunt, den Herrn so spät in der Nacht bei sich ankommen zu hören; Lorenz legte ihr nur einige erklärende Worte, befahl ihr, ihn zeitig am Morgen zu wecken, und

legte sich zu Bett. Sein ganzer Aufenthalt bechränkte sich auf die Stunden des Schlafes; sobald er sich angekleidet und eine Tasse Kaffee getrunken hatte, rannte er nach Rudolfs Wohnung.

Die alte Wirtin des jungen Kaufmanns geriet vor Freude und Beschwörung an sich, als sie den ihr so wohlbekannten Freund ihres Mieters so zeitig am Tage bei sich eintraten sah.

„Herr Jesus! Sie sind's, Herr Doktor — rein, wer hätte je etwas vermutet! Herrgott, bin ich erschrocken!“ Die alte Frau erschrocken erstaunlich über alles, ohne daß die Alteration ihrer Gesundheit sichtlich zum Nachteil gereichte. „Nein, in aller Welt, wie geht's denn unserem Herrn Sellemann? Ist's denn nur wahr, daß er den schaudervollen Mord begangen hat? Wer hätte das nur gedacht? Ich kann's gar nicht glauben!“

„Es ist auch nicht wahr,“ versicherte der Anwalt der Matrone. „In einigen Tagen wird die Wahrheit an den Tag kommen und Herr Sellemann als unschuldig entlassen werden.“

„Ist's möglich? Nicht wahr, ich hab's ja immer gewußt, der gute Herr Sellemann, der ist ja gar nicht imstande, so etwas zu tun. Der konnte ja keiner Mensch —“

Lorenz fiel der redseligen Alten ins Wort.

„Hören Sie mich einmal aufmerksam an, Frau Ebeling — gerade in Herrn Sellemanns Interesse habe ich eine Frage an Sie zu richten. Verstehen Sie alles, was ich sage?“

„Von Ihnen — jedes Wort!“ beteuerte emphatisch die etwas schwörige Matrone.

„Nun wohl, so merken Sie auf. Glaubnen Sie sich noch des Tages, an welchem Herr Sellemann abreiste, um nicht mehr zurückzukommen?“

„Des Tages! Es jähohl, mir ist's, als wenn's heute gewesen wäre.“

„Ist seit der Zeit — achten Sie genau auf meine

Worte — außer Ihnen jemand in Herrn Sellemanns Zimmer gewesen?“

„In seinem Zimmer? Ich bewahre.“

„Wirklich nicht? Niemand? Haben Sie gar niemand hineingeführt?“

Die Alte schwieg. Sie schien sich ihrer Sache doch nicht ganz sicher. Endlich entgegnete sie: „Doch, einmal einen Herrn.“

„Einen Herrn? Was für einen Herrn?“

„Er sagte, er wäre der Onkel von Herrn Sellemann, er habe ihn sehr; wir haben sehr lange zusammen gesprochen. Es war bestreitbar, der schon vorher einmal da war und dem ich auch Ihre Adresse geben mußte. Er meinte, er müsse hier ja ganz prächtig gewohnt haben, die Straße sei so freundlich und die Aussicht so romanisch; da zeigte ich ihm Herrn Sellemanns Wohnung, die ihm sehr gefiel.“

„Hieß der Herr nicht Hobart?“

„Wie?“

„Hobart!“ markierte Lorenz das Wort.

„Zawohl, Hobart, ich dachte.“ erklärte Frau Ebeling mit allen Anzeichen erwachender Erinnerung. „Hobart — ganz richtig — Hobart!“

„Ich dachte es mir. Und nun noch eins. Haben Sie während der Zeit, in welcher Herr Hobart in Rudolfs Logis sich befand, das Zimmer einmal verlassen?“

Die Matrone dachte wieder nach.

„Das Zimmer wieder verlassen? Wie werde ich denn doch ja, ich besinne mich; ich ging einmal hinaus, um ein Glas Wasser für den Herrn zu holen. Er bat mich darum. Ganz recht.“

Lorenz triumphierte. „Sagen Sie mir doch mal, Frau Ebeling, wo sich Rudolfs Wache befindet.“

Beide gingen zusammen in das Zimmer hinauf. Die Wirtin zog sich auf eine rote Polstergarnitur im Flur

